Stadtparlament
9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch

Stadt **Gossau**

Beschluss-Protokoll Version 6.5.2008

Amtsdauer 2005 - 2008

25. Sitzung

Dienstag, 6. Mai 2008, 17.00 bis 20.00 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz	Claudia Kretz (FDP), Präsidentin
Anwesend	30 Mitglieder
Entschuldigt	
Anwesend Stadtrat	7 Mitglieder
Entschuldigt	

Traktanden

25.01 Jahresrechnung 2007; Genehmigung
a) Stadtwerke
b) Städtischer Haushalt und Altersheim
25.02 Geschäftsbericht 2007; Genehmigung
25.03 Standortmarketing Gossau (SMO), Rahmenkredit 2009 bis 2012
25.04 Bürgerrechtsbestätigungen
25.05 Freibad; Sanierungskredit; Überweisung an die Baukommission
25.06 Skateanlage Buechenwald; Baukredit
25.07 Friedhof Hofegg, Ausbau; Baukredit; Überweisung an die Baukommission
25.08 Postulat Peter Bernhardsgrütter (CVP), Siedlungsentwicklung Stadt Gossau; Beantwortung

25.01
Jahresrechnung 2007; Genehmigung
a) Stadtwerke
b) Städtischer Haushalt und Altersheim

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 5. März 2008 mit folgenden Anträgen:

1. *Die Jahresrechnung 2007 der Stadtwerke, des Städtischen Haushaltes und des Altersheims Espel werden gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Gemeindeordnung genehmigt.*
2. *Der Ertragsüberschuss der Stadtwerke Gossau wird wie folgt verwendet:*
   Bildung einer Rückstellung für das Unterwerk Gossau Nord CHF 531'706.93
   Ablieferung an Städtischen Haushalt CHF 1'000'000.00
3. *Der Ertragsüberschuss des Städtischen Haushaltes wird wie folgt verwendet:*
   Zusatzabschreibungen Verwaltungsvermögen gemäss Aufstellung CHF 3'424'264.51
4. *Der Ertragsüberschuss des Altersheim Espel in der Höhe von CHF 88'788.13 wird in die Betriebsreserve eingelegt.*

Eintretensdiskussion:

Gallus Hälg, Präsident der GPK, verliest den Bericht der Geschäftsprüfungskommission**:**

„Es könnte zur Gewohnheit werden. Mit diesen Worten eröffnete ich mein Eintretensvotum vor einem Jahr zur Rechnung 2006. Ein Satz, welcher auch nun zur vorliegenden Rechnung 2007 passt. Warum dies? Erneut – und dies ist wahrlich keine Ausnahme mehr – weicht die Rechnung der Stadt Gossau mit einem positiven Jahresergebnis von CHF 2,4 Mio. (ohne Berücksichtigung der Zusatzzuweisung der Stadtwerke) wieder beachtlich vom budgetierten Minus ab. Natürlich ist dieser Umstand – Eine Abweichung zwischen Soll / Ist von über CHF 3 Mio. – grundsätzlich erfreulich und für die Stadt Gossau auch nützlich. Können wir doch nun über die Ertragsüberschuss-Verwendung Rückstellungen und Zusatzabschreibungen beschliessen und so den zukünftigen Abschreibungsbedarf reduzieren, welcher bei all den geplanten Grossinvestitionen sicherlich ansteigen wird. Die erste und alljährliche Frage: "Warum ergeben sich immer diese grossen Abweichungen?" Die Gründe hierfür werden uns in den vorliegenden Kommentaren zur Laufenden Rechnung ausführlich und auch glaubhaft erläutert. Uns stellt sich aber eine andere Frage; und zwar "Was würde der Stadt Gossau ein Erzielen eines Verlustes in der budgetierten Grösse überhaupt bringen?". Auf diese Frage komme ich gerne in meinen Ausführungen nochmals zurück.

Im Bericht und Antrag vom 7. April 2007 hat Ihnen die Geschäftsprüfungskommission bereits mitgeteilt, dass wir auch im vergangenen Jahr die Amtsführung der Räte und der Verwaltung überprüft haben. Hierbei durften wir feststellen, dass die Geschäfte kompetent, korrekt und übersichtlich geführt wurden. Die einzelnen Schwerpunktsprüfungen gemäss unserer Legislaturzielplanung 2005-08 haben wir vorgenommen und den Stadtrat mit dem Bericht vom 31. Dezember 2007 zusammenfassend über die Prüfungsergebnisse orientiert.
Auch in diesem Jahr führte die BDO Visura als externe Kontrollstelle die Prüfung der Jahresrechnung 2007 durch und erstellte zu Handen der GPK am 29. Februar 2008 den Prüfungsbericht. Die Rechnung wurde gesamthaft mit einem guten Eindruck gewürdigt, und der Bericht enthält keine wesentlichen Aspekte.
Die Geschäftsprüfungskommission dankt an dieser Stelle allen beteiligten Personen, welche sich zum Wohle der Stadt Gossau eingesetzt und zum vorliegenden Ergebnis 2007 beigetragen haben. Ein Dank gehört an dieser Stelle dem Finanzamt und im Speziellen dessen Leiter Herr Heinz Loretini. Für die stets angenehme Zusammenarbeit mit Herr Markus Meli von der BDO Visura und seinem Team möchten wir uns ebenfalls herzlich bedanken.

Die Rechnungen 2007
Die Rechnungen kommen in bekannter Manier daher, d.h. sind übersichtlich und ausführlich kommentiert.
Das Ergebnis 2007 der Stadtwerke:

Budgetiert war ein Gewinn von CHF 518'950 und im 2. Trimesterbericht wurde uns sogar mitgeteilt, dass bei den Stadtwerke voraussichtlich ein Minus von rund CHF 100'000 zu erwarten sei, und nun schliesst die Rechnung 2007 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1,53 Mio. ab. Dieses Ergebnis ist natürlich erfreulich, muss aber – wie auch vom Geschäftsführer im Kommentar erwähnt – aus betriebswirtschaftlicher Sichtweise als sehr bescheiden eingestuft werden. Die Gossauer Stadtwerke wirken in der Privatwirtschaft und sind somit einem total anderen Markt und Mitbewerbern ausgesetzt.

Von den geplanten Investitionen wurden leicht mehr als die Hälfte realisiert – rund 56%. Die Gründe hierfür können Sie dem Kommentar entnehmen. Tatsache ist aber, dass trotz wesentlich tieferer Investitionstätigkeit, diese Projekte nicht vollumfänglich mit selbst erwirtschaftetem Kapital finanziert werden konnten. Aus der Mittelflussrechnung ist ersichtlich, dass die Stadt Gossau ein weiteres kurzfristiges Darlehen in der Höhe von CHF 1 Mio. gewährt hat. Die Stadtwerke müssen inskünftig höhere Gewinne erwirtschaften, denn nur so können höhere Mittelzuflüsse aus Betriebstätigkeit und letztendlich eine 100% Selbstfinanzierung sichergestellt werden. In Anbetracht der vorliegenden Anlagebuchhaltung für den Bereich Elektrizität – mit einem Wiederbeschaffungszeitwert von rund CHF 71 Mio. – und der Vermutung, dass ähnliche Ergebnisse in den beiden übrigen Bereichen Trinkwasser und Erdgas resultieren werden (die Erkenntnisse sollten in diesem Jahr vorliegen), sind für das zeitgemässe Instandhalten der Infrastrukturen jährlich beachtliche Investitionen nötig.

Das Ergebnis 2007 des Altersheims Espel
Das Altersheim Espel konnte auch im vergangenen Jahr eine erfreulich hohe Auslastung erzielen – rund 105%. Im Weiteren konnten in diversen Aufwandspositionen, insbesondere im Personalaufwand Einsparungen gemacht werden, so dass per Ende des Jahres sogar eine Einlage von CHF 88'708 in die Betriebreserve möglich ist.
Von den sehr zurückhaltend geplanten Investitionen wurden alle ausgeführt. Zwar ergeben sich Abweichungen in den einzelnen Positionen, aber insgesamt wurden die budgetierten CHF 109'000 lediglich um CHF 1'760 überschritten.

Das Ergebnis 2007 des Städtischen Haushalts
Wie einleitend erwähnt weist auch die Laufende Rechnung 2007 des Städtischen Haushaltes – gegen alle Erwartungen aus dem Budget – einen Gewinn aus. Die Gründe für den Ertragsüberschuss von CHF 2,42 Mio. sind vielfältig und im Wesentlichen im Ertragsbereich zu finden:
Erneut fielen die Steuereinnahmen der Juristischen Personen, die Grundstückgewinnsteuer sowie der Anteil aus der Quellensteuer höher aus – insgesamt rund CHF 2 Mio. Weiter konnte man mit dem ausserordentlichen Teilverkauf ab dem Grundstück des Otmarschulhauses ein Buchgewinn von CHF 661'273 erzielen. Auch im Bereich der Vermögenserträge, genauer gesagt bei den Zinserträgen auf Bank- und PC-Konti, ergaben sich aufgrund der hohen Liquidität und der guten Bewirtschaftung CHF 229'000 mehr als budgetiert. Auf der Aufwandsseite haben tiefere Sachaufwendungen und Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen ebenfalls das Ergebnis positiv beeinflusst. Die Reduktion der Abschreibungen resultiert aufgrund der mit dem Ertragsüberschuss 2006 getätigten Zusatzabschreibungen. Insgesamt also sehr erfreuliche Tatsachen, welche in keiner Weise voraussehbar waren und daher auch zur positiven Budgetabweichung im Endergebnis führten.

Einziger Wermutstropfen ist die Delkredere-Bildung von insgesamt CHF 580'792.50 (CHF 334'974.75 im Bereich "Umwelt, Raumordnung", Konto "1718.3301 / Abschreibung Flächenbeiträge" und CHF 245'817.75 im Bereich "Finanzen", Konto "1950.3301 / Abschreibung Finanzvermögen"). Welche Erkenntnisse führen zu einer solchen Wertberichtigung und somit zu einer Verschlechterung des Jahresergebnisses? In den vergangenen Jahrzehnten hat die Stadt Gossau verschiedentlich Forderungen für Abwasserbeiträge, Strassen- und Gewässerperimeter reglementskonform gestundet. Infolge einer Überprüfung des Abwasserreglements im vergangenen Jahr ergaben die Abklärungen, dass eine Stundung nicht länger als zehn Jahre gewährt werden kann. Der Umstand, dass es sich hierbei um eine absolute Verjährungsfrist handelt, d.h. die Frist mit keiner Massnahme zum Stillstand resp. zur Unterbrechung gebracht werden kann, zwingt den Stadtrat zur nötigen Wertkorrektur mittels einer Delkredere-Bildung in der besagten Höhe. Die GPK hat bereits anlässlich des Gesprächs vom 4. April 2008 den Stadtrat auf die Brisanz dieser – faktisch einer Abschreibung gleichkommenden – Rückstellung hingewiesen und ihn beauftragt, die Sache im Detail aufzuarbeiten und daraufhin die nötigen Abklärungen (Ursache, Haftung und künftige Massnahmen) zu veranlassen. Diese Arbeit ist in vollem Gange und beansprucht seine Zeit. Die GPK

kann daher noch keine abschliessende Stellung dazu nehmen, ist aber mit der bereits getätigten Delkredere-Bildung in der vorliegenden Jahresrechnung einverstanden. Sobald der Stadtrat dieses Geschäft verabschiedet und die GPK sämtliche Unterlagen zu diesem Fall geprüft hat, werden wir Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, umfassend orientieren.

Kennzahlen und Vergleiche
Dass mit den positiven Jahresergebnissen auch die einzelne Kenn- und Vergleichszahlen besser wurden, ist verständlich. Die Stadt Gossau weist per Ende 2007 eine Pro-Kopf-Verschuldung von noch lediglich CHF 197.10 – eine Reduktion von weiteren CHF 172. Somit stehen wir im Vergleich zu den übrigen St. Galler Gemeinden weiterhin sehr gut da. Auch der Cashflow war im vergangenen Jahr erneut höher als die ausgeführten Investitionen, was nichts anderes heisst, dass sich Gossau wiederum mit dem Mittelfluss aus der Betriebstätigkeit selber finanzieren konnte, ja sogar einen langfristigen Kredit von CHF 3,3 Mio. zurückzahlen konnte. Wichtig ist aber hier die Erkenntnis, dass dies nur eine Folge der bedeutend weniger realisierten als budgetierten Investitionen ist. Bei einigen Bauvorhaben kam es zu einer zeitlichen Verschiebung und wieder andere wurden von der Gossauer Bürgerschaft an der Urne abgelehnt.

Lassen Sie mich zur eingangs aufgeworfene Frage zurückkehren: "Was würde der Stadt Gossau ein Verlust in der budgetierten Grösse bringen?" Im Zusammenhang mit den jeweils budgetierten Defiziten hat der Stadtrat stets die finanzpolitische Argumentation geäussert, dass somit die seit Jahren unveränderte Reserve für zukünftige Aufwandsüberschüsse von CHF 12,3 Mio. abgebaut werden könne. Dieser Abbau wurde auch von Seite der GPK jeweils begrüsst, speziell auch erwähnt im Votum zum Budget 2006. Damals rührte das geplante Minus im Wesentlichen daher, dass der Stadtrat eine budgetierte Sonderabschreibung auf den Schulliegenschaften in der Höhe von CHF 1,8 Mio. beantragte. Diese Sonderabschreibung wurde wie budgetiert zwar vorgenommen, doch im besagten Jahr war die positive Abweichung zum Budget höher, so dass es bekanntlich erneut zu keinem Bezug der Reserve kam.

Zusatzabschreibungen (budgetiert oder nachträglich bei der Gewinnverwendung beantragt) reduzieren den Abschreibungsbedarf in der Zukunft und sind bei hohen künftigen Investitionsvorhaben sicherlich sinnvoll. Unter diesem Aspekt erachtet es die GPK als prüfenswert, ob in der anstehenden Budgetierung für das Jahr 2009 allenfalls geplante Zusatzabschreibungen vorgenommen werden sollten. Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre eventuell sogar in einer ausserordentlich hohen Betragsgrösse, so dass es auch tatsächlich zu einem Reservenbezug kommen muss. Aus fachkundigen Quellen wissen wir, dass eine Reserve für künftige Aufwandsüberschüsse in der Grössenordnung von rund 25 Steuerprozenten als angemessen erscheint. Zugrunde liegt hier die einfache Rechnung, dass über die Zeitspanne von 5 Jahren jeweils ein Steuerausfall von 5% aufgefangen werden könnte. In Gossau wäre somit die Reserve im Bereich von rund CHF 7,5 Mio. absolut genügend.

Die Gewinnverwendung 2007
Stadtwerke
Der erzielte Ertragsüberschuss der Gossauer Stadtwerke von insgesamt 1,53 Mio. Franken soll gemäss Antrag des Stadtrates wie folgt verteilt werden:

Ausserordentliche Zusatzablieferung an den Stadthaushalt	CHF	1'000'000.00
Rückstellung für den Bau des neuen Unterwerks Gossau Nord	CHF	531'706.93

Die GPK erklärt sich mit dieser Gewinnverwendung einverstanden.

Städtischer Haushalt
Im Städtischen Haushalt steht mit der ausserordentlichen Zusatzablieferung aus der Rechnung der Stadtwerke ein Gesamtertragsüberschuss von CHF 3,42 Mio. zur Verwendung. Der Stadtrat beantragt diesen Betrag als Zusatzabschreibungen auf diversen Positionen zu nutzen. Die zwei grössten Zusatzabschreibungen würden auf dem Objekt "Fürstenlandsaal" (CHF 706'408) und "Allwetterplatz" (CHF 1'181'125) erfolgen. Zusatzabschreibungen haben zur Folge, dass sich in den künftigen Rechnungen tiefere Abschreibungen ergeben.
Auch hier stützt die GPK den Antrag des Stadtrates.

Altersheim Espel
Aufgrund des Ertragsüberschusses soll in der Höhe von CHF 88'788.13 eine Zuweisung in die Betriebsreserve erfolgen. Dies ist aus unserer Sicht zu genehmigen.

Anträge
Die Geschäftsprüfungskommission stellt folgende Anträge:

1. *Die Jahresrechnungen 2007 der Stadtwerke, des Städtischen Haushaltes und des Altersheims Espel seien zu genehmigen.*
2. *Die Verwendung der Ertragsüberschüsse gemäss den Anträgen des Stadtrates sei zu genehmigen.*
3. *Den Behörden, Kommissionen, Lehrkräften und allen Mitarbeitenden, die zum Wohle der Stadt Gossau wirken, sei ein herzlicher Dank für die geleistete Arbeit und Anerkennung auszusprechen.*

Hanspeter Fröhlich (FDP) sieht nur geringe Abweichungen der Rechnung vom Budget. Wiederum resultiert ein hoher Überschuss, welchen Sinn hat die detaillierte Budgetberatung im Parlament? Eine Steuerfussreduktion für das Budget 2009 ist in Aussicht zu nehmen. Die FDP wird dannzumal den Antrag auf eine massive Senkung stellen. Offensichtlich sind Beiträge für Abwasser verjährt, eine baldige Antwort des Stadtrates wird erwartet. Er beantragt Eintreten.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich, dass es Gossau finanziell hervorragend geht. Die Überschüsse sind hoch. Nicht ausgelöste Budgetpositionen sind keine Einsparung, das Problem des motorisierten Individualverkehrs bleibt ungelöst. Die Energiepolitik der Stadt sollte nachhaltig sein. Der von den Stadtwerken erwirtschaftete Gewinn sollte auch für diesen Zweck eingesetzt werden. Das vom Stadtrat versprochene Energiekonzept ist noch nicht umgesetzt. Sie beantragt Eintreten.

Albert Lehmann (CVP) dankt für die gute und umsichtige Arbeit. Etwas erstaunlich sind die Abwasserbeiträge, die abgeschrieben werden sollen. Der zuständige Stadtrat soll zu diesem Thema kurz Stellung nehmen. Er beantragt Eintreten.
Claudia Martin (SVP) findet die Informationen des Stadtrates umfassend und gut. Eine weitere Steuerfusssenkung ist aufgrund des guten Ergebnisses im nächsten Budget zu prüfen. Sie beantragt Eintreten und Zustimmung zu den gestellten Anträgen.

Stefan Schmid (SP) ist zufrieden mit dem Abschluss. Gossau ist gut beraten, in nachhaltige Projekte zu investieren, es soll nicht die Steuerfussdiskussion im Vordergrund stehen. Er appelliert an das Parlament und an den Stadtrat, solche Projekte voranzutreiben. Er beantragt Eintreten.

Hanspeter Fröhlich (FDP) beurteilt auch Steuersenkungen als eine nachhaltige Lösung.

Stadtrat Alex Brühwiler nimmt Stellung zu den gestundeten Abwasserbeiträgen. Im Hinblick auf den Jahresabschluss sind in Absprache mit GPK und Revisionsstelle die Rückstellungen gemacht worden. Die nötigen Aufträge sind erteilt. Antworten auf die gestellten Fragen sollten bis zu den Sommerferien möglich sein.

Detaildiskussion:

Robin Wehrle (FLiG) beantragt eine alternative Verwendung des Ertragsüberschusses der Stadtwerke. Die 1.5 Mio. CHF sollen teilweise für nachhaltige Projekte investiert werden. Die Deckung des Energiebedarfs wird in Zukunft schwieriger werden, eine nachhaltige Politik ist nötig. Die Rohstoffe und das Klima müssen geschont werden. Er schlägt die Gründung eines Energiefonds vor, wie in St.Gallen oder in Gaiserwald, zur Unterstützung von energetisch nachhaltigen Projekten. Er stellt folgenden Antrag:

1 *Der Ertragsüberschuss der Stadtwerke Gossau wird wie folgt verwendet:*
Bildung einer Rückstellung für das Unterwerk Gossau Nord CHF 531'706.93.
Ablieferung an den Städtischen Haushalt CHF 500'000
Bildung eines Energiefonds CHF 500'000

Gallus Hälg (SVP) erläutert, dass das Energiekonzept von Gossau zusammen mit den Gemeinden St.Gallen und Gaiserwald in Ausarbeitung ist. Mit der Bildung eines Fondes kann zugewartet werden, bis das Konzept vorliegt. Der Fonds kann auf dem normalen Budgetweg geäufnet werden. Er beantragt Ablehnung des Antrages.

Alfred Zahner (FLiG) wartet schon lange auf Konzepte. Auch wenn heute der Fonds gegründet wird, ist das Geld noch nicht ausgegeben. Wenn jetzt wieder Verhandlungen abgewartet werden, ist kein Geld zum Handeln vorhanden.

Urs Kempter (CVP) versteht den Antrag, wird ihn aber nicht unterstützen. Die Ziele und Richtlinien eines solchen Fondes sind noch nicht bekannt und sollten vorliegen, wenn der Fonds gegründet wird. Der Fonds sollte bei der Stadt und nicht bei den Stadtwerken angesiedelt werden. Wenn die Idee ausgegoren ist, ist ein Energiefonds durchaus denkbar.

Stefan Schmid (SP) möchte keine Ausflüchte, sondern Taten. Der Kanton St. Gallen hat einen Nachholbedarf bei diesem Thema.

Stadtpräsident Alex Brühwiler anerkennt das Anliegen der FLiG. In Zusammenarbeit mit St.Gallen und Gaiserwald laufen Arbeiten für ein Energiekonzept. Das Konzept soll noch 2008 dem Parlament unterbreitet werden, damit Beiträge aus einem Energiefonds eine rechtliche Abstützung erhalten.

Robin Wehrle (FLiG) möchte die Gelegenheit des guten Jahresabschlusses nutzen. Es ist ihm bewusst, dass die Richtlinien für den Fonds noch fehlen. Der Fonds kann dennoch geäufnet werden. Er möchte Taten sehen und nicht Konzepte.

Abstimmung über den Antrag FLiG:
Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Jahresrechnung Städtischer Haushalt:

Alfred Zahner (FLiG) weist auf die Abweichungen bei den Projekt-Abrechnungen hin. Einige Abweichungen sind hoch, d.h. die Budgets höher als die Abrechnung. Grosse Abweichungen sollten in der Abrechnung kurz begründet werden.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Abstimmung über Anträge 1 – 4 des Stadtrates
Die Anträge werden einstimmig genehmigt.

Abstimmung über Antrag 3 der Geschäftsprüfungskommission
Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

25.02
Geschäftsbericht 2007; Genehmigung

Grundlage ist der Antrag des Stadtrates vom 5. März 2008 mit folgendem Antrag:

1. *Der Stadtrat beantragt, den Geschäftsbericht gestützt auf Art. 39 Abs. 3 lit. a) Gemeindeordnung zu genehmigen.*

Eintretensdiskussion:
Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:
Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Dem Antrag des Stadtrates wird einstimmig zugestimmt.

25.03
Standortmarketing Gossau (SMO), Rahmenkredit 2009 bis 2012

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 9. April 2008 mit folgenden Anträgen:

1 Für die Aktivitäten des Standortmarketings wird für die Jahre 2009 bis 2012 ein Rahmenkredit von CHF 800'000 gewährt.
2. Die Kreditgewährung steht unter dem Vorbehalt, dass Dritte weitere Finanzmittel von jährlich insgesamt CHF 50'000 leisten.

Das Präsidium schlägt vor, eine Vorberatende Kommission einzusetzen. Für die Besetzung der Vorberatenden Kommission liegen folgende Vorschläge vor:

CVP	Franziska Geser-Burch	**Präsidentin**
CVP	Bruno Damann	Mitglied
FDP	Kurt Rindlisbacher	Mitglied
FLiG	Stefan Harder	Mitglied
SVP	Urs Brülisauer	Mitglied

Eintretensdiskussion:

Bruno Damann (CVP) beantragt, das Geschäft ohne Überweisung an eine Kommission heute direkt zu behandeln. Eine Kommission würde zu keinen neuen Erkenntnissen führen. Die SMO erledigt viele Aufgaben, welche sonst die Stadt auf eigene Kosten erledigen müsste. Er erwartet erkennbare Verbesserungen, unterstützt aber überzeugt den Antrag des Stadtrates.

Hanspeter Fröhlich (FDP) ist für die Einsetzung einer Kommission für ein solch grosses und wichtiges Geschäft. Eine VBK ist nicht ein Präjudiz für eine Ablehnung, und Zeit für die Beratung des Geschäftes besteht genug. Die Fraktion beantragt Einsetzung der VBK. Er vermisst statistische Zahlen über die effektive Tätigkeit der SMO. Ohne weitere Informationen zum Geschäft wird sich die FDP-Fraktion der Stimme enthalten.

Stefan Schmid (SP) sieht auch keine Dringlichkeit für das Geschäft. Eine VBK gehört zum System der demokratischen Entscheidfindung, das Geschäft soll einer Kommission überwiesen werden.

Stefan Harder (FLiG) will über den Kredit heute entscheiden. Eine VBK wird keine nennenswerten neuen Fakten schaffen. Auf die VBK soll verzichtet werden.

Urs Brülisauer (SVP) will das 800'000-Franken-Geschäft einer genaueren Prüfung unterziehen. Das Geschäft ist bei den Stimmbürgern umstritten. Es verbleiben offene Fragen, welche in einer VBK geprüft werden sollen. Z.B. sind die Kosten für die Etappenankunft Tour de Suisse mit CHF 80'000 sehr hoch, der Nutzen für Gossau eher gering. Er beantragt Einsetzung der VBK.

Roland Seiler (SVP) hat die VBK für die Einführung der SMO geleitet. Nach fast vier Jahren ist der Nutzen der SMO offen. Eine VBK soll das Geschäft für das Parlament vorbereiten, die Zeit dafür ist vorhanden. Die SMO wird ausserhalb von Gossau nicht wahrgenommen. Die VBK soll auch die Organisationsstruktur der SMO überprüfen. Die Aufgabe könnte auch in der Stadtverwaltung angesiedelt werden. Sollte das Geschäft heute beschlossen werden, stellt die SVP-Fraktion das Referendum gegen das Budget 2009 in Aussicht.

Melanie Helfenberger (CVP) findet, dass die Diskussion sich auf die Tour de Suisse beschränkt. Die Gegner der SMO sind eingeladen, sich für die Lenkungsgruppe zu bewerben. Die Marke Gossau braucht Zeit, um sich zu etablieren. Wenn Fragen vorhanden waren, sind bisher alle Auskünfte erteilt worden. Eine VBK ist nicht nötig.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) findet, dass sich das Parlament schon in der Detailberatung befindet. Die Fakten liegen alle auf dem Tisch, eine VBK ist nicht nötig. Die Meinungen im Parlament dürften gemacht sein, eine VBK wird nichts mehr ändern und soll deshalb nicht eingesetzt werden.

Stefan Schmid (SP) stellt fest, dass die Emotionen in diesem Geschäft gross sind, und möchte deshalb eine VBK einsetzen.

Hanspeter Fröhlich (FDP) freut sich, dass er mit Stefan Schmid für einmal gleicher Meinung ist. Es geht um ein Parlamentsgeschäft von 800'000 Franken, was eine VBK erfordert.

Albert Lehmann (CVP) staunt über die geführte Diskussion. Der Nutzen der SMO ist schwer einzustufen. Weil das Signal aus Wirtschaftskreisen klar positiv ist, ist dem Geschäft zuzustimmen. Auf eine VBK kann verzichtet werden.

Felix Koller (FDP) erwartet vom Hauptgeldgeber, dass er die Kontrolle über die SMO wahrnimmt. Das Geschäft soll vorberaten werden mit dem Ziel, dass das Parlament dem Kredit zustimmen kann.

Abstimmung über den Antrag auf Einsetzung VBK
Die Einsetzung der Kommission wird mit 14 zu 16 Stimmen abgelehnt. Auf das Geschäft wird eingetreten.

Eintretensdiskussion:

Stadtpräsident Alex Brühwiler verweist darauf, dass Standortmarketing vor allem eine Grundhaltung ist. Heute geht es darum, mit dem beantragten Kredit die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt zu erhöhen. Standortmarketing ist nicht nur eine Aufgabe der Stadtverwaltung, sondern ein Gemeinschaftswerk. Die Region St. Gallen hat ein Identifikationsproblem, und die Stadt Gossau hat die Aufgabe, hier einen Beitrag zu leisten. Die Weiterführung der SMO wertet den Standort Gossau auf, die Ziele und Rahmenbedingungen sind grundsätzlich richtig. Er beantragt Zustimmung.

Stefan Schmid (SP) sieht Schwierigkeiten für den Kredit, sollte dieser tatsächlich dem Volk unterbreitet werden.

Claudia Martin (SVP) stellt innerhalb der Fraktion unterschiedliche Meinungen fest. Da die Einsetzung einer vorberatenden Kommission abgelehnt wurde, bleibt der SVP nichts anderes übrig, als das Referendum gegen das Budget 2009 zu ergreifen, weil dort der Betrag für die SMO enthalten ist.

Detaildiskussion:
Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Dem Antrag des Stadtrates wird mit zahlreichen Enthaltungen zugestimmt.

25.04
Bürgerrechtsbestätigungen
Grundlage ist der Bericht und Antrag des Einbürgerungsrates vom 14. April 2008.

Detaildiskussion:

Benno Koller (SVP) stellt fest, dass das Parlament innert 7 Jahren bereits 450 Personen eingebürgert hat. Er stört sich daran, dass die Eingebürgerten ein Doppelbürgerrecht erhalten. Das zeugt nicht von Integration. In den Unterlagen des Parlamentes fehlt die Angabe über die Religionszugehörigkeit. Nicht die Behörden müssen die Ausländer integrieren, sondern diese müssen sich selbst integrieren. Würde das Doppelbürgerrecht abgeschafft, wäre die Einbürgerung weniger attraktiv.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Dem Antrag des Einbürgerungsrates werden mit etlichen Enthaltungen und wenigen Gegenstimmen erteilt

Das Gemeinde- und Ortsbürgerrecht wird an insgesamt 42 Personen erteilt

25.05
Freibad; Sanierungskredit; Überweisung an die Baukommission
Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 9. April 2008 mit folgenden Anträgen:

1. *Für die Sanierung des Freibades wird ein Zusatzkredit von CHF 840'000 (inkl. MwSt.) genehmigt.*
2. *Der Gesamtkredit von CHF 1'300'000 (inkl. MwSt.) wird dem fakultativen Referendum unterstellt.*

Beschluss des Stadtparlamentes:
Das Geschäft wird der parlamentarischen Baukommission überwiesen.

25.06
Skateanlage Buechenwald; Baukredit
Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 9. April 2008 mit folgendem Antrag:

1. *Für die Erneuerung und Vergrösserung der Skateanlage Buechenwald wird ein Kredit von CHF 130'000 (inkl. MwSt.) genehmigt.*

Eintretensdiskussion:

Franziska Geser-Burch (CVP) weiss, dass die Sportvereine die Kugelstossanlage im Sommer regelmässig nutzen. Eine Alternative zur heutigen Anlage sollte gesucht werden. Sie ersucht um Berücksichtigung der Bedürfnisse der Sportvereine.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Der Kredit wird grossmehrheitlich erteilt.

25.07
Friedhof Hofegg, Ausbau; Baukredit; Überweisung an die Baukommission
Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2008 mit folgendem Antrag:

1. *Für die Grabfelder-Sanierung 1. Etappe wird ein Kredit von CHF 520'000 exkl. Mehrwertsteuer gewährt.*

Beschluss des Stadtparlamentes:
Das Geschäft wird der Parlamentarischen Baukommission überwiesen.

25.08
Postulat Peter Bernhardsgrütter (CVP), Siedlungsentwicklung Stadt Gossau; Beantwortung
Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 6. Februar 2008 mit folgenden Anträgen:

1. *Vom Postulatsbericht wird Kenntnis genommen.*
2. *Für Projektentwicklungen im Raum Moosburg und Sommerau (inkl. Erschliessungskonzept Städeli / Weid / Gapf) sowie für das Gebiet Gossau Ost wird ein Planungskredit von CHF 120'000 (inkl. MwSt.) gewährt (z.L. Investitionsrechnung Konto 1770.5811).*
3. *Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.*

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) nimmt als Postulant Stellung. Die Forderung nach neuen Einzonungen ist nachvollziehbar in der heutigen Konjunkturlage. Den bestehenden und auch neuen Arbeitsplätzen gilt es Sorge zu tragen. Dafür wird aber überbaubares Land benötigt. Der Stadtrat hat den Aufwand nicht gescheut, um das Postulat vertieft zu bearbeiten. Er dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort.

Urs Kempter, Präsident der Vorberatenden Kommission, verliest deren Bericht. Bezug nehmend auf die Leitsätze der Stadtentwicklung gilt es, auch die übergeordneten Planungen in der Region zu berücksichtigen. Die VBK hat umfangreiche Informationen erhalten und verarbeitet. Sie erwartet, dass der Stadtrat auch das Potenzial der inneren Wohnbauten-Verdichtung berücksichtigt. Die Haltung des Stadtrates im Gebiet Niederdorf teilt die VBK. Der Schwerpunkt liegt indessen beim Gewerbe- und Industrieland. Gossau ist attraktiv, was die Anfragen der Investoren zeigen. Die VBK unterstützt das vom Stadtrat vorgeschlagene Vorgehen für Neu-Einzonungen von Industrieland. In einem allfälligen Einzonungsantrag sollen geprüft und behandelt werden: Realisierungschancen der Einzonung, Mittel- und langfristige Entwicklungspotenziale, Einflussmöglichkeiten der Stadt für selektive Betriebsansiedlungen, Definieren der öffentlichen Interessen. Die VBK stellt folgende Anträge:

1. *Vom Postulatsbericht wird Kenntnis genommen.*
2. *Für Projektentwicklungen im Raum Moosburg und Sommerau (inkl. Erschliessungskonzept Städeli / Weid / Gapf) sowie für das Gebiet Gossau Ost wird ein Planungskredit von CHF 120'000 (inkl. MwSt.) gewährt (z.L. Investitionsrechnung Konto 1770.5811).*
3. *Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.*

Felix Koller (FDP) findet einen Projektierungskredit für die Variantenprüfung als unerlässlich. Eine Einzonung, unabhängig vom Standort, dauert mindestens 2-3 Jahre. Die Einzonung soll nur für wertschöpfungsorientierte Betriebe gemacht werden, der Stadtrat muss hier entsprechende Steuerungsinstrumente schaffen. Gossau stagniert heute bevölkerungsmässig. Der Bevölkerungszuwachs liegt um 40 % unter dem Schweizer Durchschnitt. Damit verliert Gossau an Bedeutung. Wachstum ist unerlässlich, wenn Gossau seinen Platz beibehalten will. Die Fraktion beantragt Zustimmung zu den gestellten Anträgen.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) ist froh, dass der Stadtrat konkrete Aufträge formuliert hat. Die beiden Standorte Moosburg und Sommerau sollen parallel geklärt werden, um Zeit zu gewinnen. Mit Massnahmen sollen wertschöpfungsorientierte Betriebe bevorzugt werden. Hier sind Verträge mit Grundeigentümern oder ein Landerwerb durch die Stadt nötig. Der Teilzonenplan soll jeweils erst dann erlassen werden, wenn ein konkreter Interessent vorliegt. Der Stadtrat soll die Kriterien für die Wertschöpfung definieren. Das Gebiet Städeli Weid Gapf soll in die Planung eingezogen werden. Sie beantragt Zustimmung zu den Anträgen.

Stefan Schmid (SP) steht Neueinzonungen kritisch gegenüber. Nebst dem Wachstum sollen auch die grün bleibenden Flächen beachtet werden. Mit der Ressource Boden ist sorgfältig umzugehen. Es sollen auch in Industriegebieten möglichst verdichtete Bauten angestrebt werden. Es fehlen im Bericht Aussagen zur demografischen Entwicklung.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) möchte für Wohnflächen möglichst das vorhandene Baugebiet intensiver nutzen. Das Gleiche gilt für Dienstleistungsflächen, welche sich vor allem im Zentrum konzentrieren sollen. Für die Gewerbe- und Industrieflächen ist ein Flächenbedarf auszumachen. Die Arbeitsplätze haben in der Vergangenheit trotz erheblichem Landverbrauch kaum zugenommen. Mit jedem m2 Land geht ein Teil der Nahrungsgrundlage verloren. Hier besteht eine Verantwortung gegenüber unseren Nachkommen. Er lädt den Stadtrat ein, bei der Verwendung des beantragten Kredites alle diese Aspekte zu berücksichtigen.
Fredi Mosberger (CVP) hat noch offene Fragen zum beantragten Kredit. Im Gebiet Sommerau steht und fällt die Erschliessung mit der Erstellung eines Kreisels ab dem Autobahnzubringer. Eine Weiterplanung in diesem Gebiet macht erst Sinn, wenn diese Frage geklärt ist.

Stadtpräsident Alex Brühwiler ist froh über klare Signale an den Stadtrat. Ein grosses Bevölkerungswachstum hat nicht nur Vorteile, es kann auch Schwierigkeiten bereiten. Gossau ist bezüglich Arbeitsplatzwachstum in einer guten Position. Bezüglich Kreisel Sommerau hat der Stadtrat die nötigen Kontakte aufgenommen. Das Schwergewicht der Arbeit wird sicher im Bereich Sommerau liegen. Wie weit der Stadtrat mit den Grundeigentümern vertragliche Regelungen treffen kann, wird zu klären sein.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Die Anträge werden mit wenigen Enthaltungen angenommen.

25.09
Neue parlamentarische Vorstösse

Einfache Anfrage Bruno Damann (CVP) und Alfred Zahner (FLiG) „Schulmöbel für die Oberstufenzentren"
Interpellation FLiG Fraktion „Alternative Energien"
Interpellation Claudia Meier-Uffer (FLiG) und Patrick Scheiwiler (CVP) „Umfassender Schutz vor Passivrauch in Gossau"

Die Präsidentin

Claudia Kretz

Der Stadtschreiber

Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 13. Mai 2008 genehmigt.